



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr.93 • Die Woche im Bundestag • 08.04.2011

Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen – Übergang verantwortungsvoll gestalten

Kernenergie ist für uns eine Brückentechnologie ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Dies ist in unserem Koalitionsvertrag festgehalten. Mit der Erarbeitung eines umfassenden Energiekonzeptes hat die Bundesregierung im vergangenen Herbst einen konkreten Plan zum umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien vorgelegt.

Darin eingebettet war die Laufzeitverlängerung. Durch Abschöpfung der dadurch entstehenden Gewinne wollten wir die für den Ausbau der Erneuerbaren Energien nötigen Mittel bereitstellen. Die aufgeregte Debatte um das Ausmaß der Laufzeitverlängerung hat das Ziel – Verzicht auf Kernenergie und Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien – aus dem Blickfeld gerückt.

Die schrecklichen Ereignisse in Japan, einem Hochtechnologieland, haben uns allen gezeigt, dass das viel beschriebene Restrisiko der Kernkraft neu bewertet werden muss. Wir müssen so schnell wie möglich auf Kernkraftwerke verzichten.

Aber ein sofortiges Ende von einem Tag auf den anderen ist in einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft nicht möglich. Wir sind es, die den Übergang verantwortungsvoll gestalten können und wollen.

Dazu müssen wir unser Energiekonzept auf Möglichkeiten zum beschleunigten Umstieg untersuchen und die Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke anpassen.

Wir wollen die Zeit des Moratoriums bestmöglich zur Recherche, zur Analyse sowie zur breiten gesellschaftlichen Diskussion und zur politischen Entscheidungsfindung nutzen.

Bereits Ende letzter Woche hat deshalb die Reaktorsicherheitskommission die Anforderungen für die Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke aufgestellt. Die Überprüfung ist die Grundlage für die politische und gesellschaftliche Bewertung der Risiken. Schon jetzt ist klar, dass nicht mehr alle alten Kraftwerke wieder ans Netz gehen werden.

In der nun begonnenen Phase des Nachdenkens muss sich die gesamte Gesellschaft mit der Frage beschäftigen, welches Restrisiko wir für die Übergangszeit zu tragen bereit sind. Dafür ist die Ethikkommission der richtige Ort. Am Montag dieser Woche hat sie erstmals getagt.

Islamkonferenz: Gemeinsam für Freiheit und gegen Radikalisierung

In der letzten Woche kam zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode das Plenum der Deutschen Islam Konferenz zusammen, erstmals unter der Leitung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich.

Die Islamkonferenz ist auf sichtbar gutem Wege, was die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland angeht; in zwei Ländern wird er zeitnah eingeführt. Gemeinsam wurde zudem ein Leitfaden für religiöses Personal entwickelt.

Das zeigt: Die Teilnehmer von staatlicher und muslimischer Seite wollen, dass Muslime in Deutschland ankommen und sich integrieren. Dazu gehört ein Religionsunterricht in deutscher Sprache, von in Deutschland ausgebildetem Personal unter der Aufsicht deutscher Schulbehörden.

Ein ernsthafter Dialog muss auch kritische Fragen umfassen. Dieses gilt umso mehr, als am 2. März 2011 auf dem Frankfurter Flughafen zwei amerikanische Soldaten von einem fanatischen Islamisten ermordet wurden.

Die Aufforderung des Bundesinnenministers an die muslimischen Verbände, gemeinsam einer Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken, ist vor diesem Hintergrund und der weiter anhaltenden Bedrohung durch islamistischen Terrorismus nicht nur richtig, sondern sollte selbstverständlich sein.

Dass diese Selbstverständlichkeit zu Boykottaufrufen durch oppositionelle Stimmen führt, zeigt nicht nur, dass die von der Union auf den Weg gebrachte Islamkonferenz der Opposition ein Dorn im Auge ist.

Deutlich wird einmal mehr, dass diejenigen, die jahrzehntlang in ihrem Werben für Multikulti die Augen vor Integrationsproblemen verschlossen haben, nun die islamistische Bedrohung mit einem Tabu belegen und dabei nebenbei noch die Teilnehmer der Konferenz bevormunden.

Mit dem Motto: „Was nicht sein darf, kann nicht sein“ kann aber kein Vertrauen geschaffen werden. Den Muslimen in Deutschland wird damit einen Bärendienst erwiesen.

Die Isolierung und Bekämpfung des extremistischen Islamismus durch Muslime und Nichtmuslime gemeinsam schafft hingegen Vertrauen und dient der Sicherheit aller. Die neue Sicherheitspartnerschaft neben der Deutschen Islamkonferenz wird dazu beitragen, Vertrauen in einen friedlichen Islam zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an

Im vierten Quartal 2010 sind die Tariflöhne real um 1,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

Dies ist der zweithöchste Anstieg in drei Jahren, und er fällt um 1,1 Prozentpunkte höher aus als im Boomjahr 2008.

Besonders stark stiegen die Löhne zum Beispiel in der Eisen- und Stahlindustrie der neuen Bundesländer.

Hier einigten sich die Tarifparteien auf Erhöhungen von 3,6% ab 1. Oktober 2010 sowie eine Pauschale von 150€.

Die nominale Verdienstentwicklung fiel im vierten Quartal 2010 in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich aus: Im Bergbau (0,3%), im Baugewerbe (1,1%) und im Gastgewerbe (1,3%) konnten die Verdienstzuwächse den Anstieg der Verbraucherpreise von 1,5% nicht ausgleichen.

In anderen Bereichen stiegen die Verdienste stärker als die Preise. Durch den Abbau der Kurzarbeit verzeichneten die Nominallöhne der Metallherstellungs- und -bearbeitungsbranche (+11,4 %) und im Maschinenbau (+10,1 %) einen besonders starken Zuwachs.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Positive Entwicklung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt hat sich auch im März positiv fortentwickelt. So sank die Arbeitslosenzahl um 102.000 auf 3.210.000.

Im Vorjahresvergleich ergibt sich damit ein Minus von 350.000. Damit sank die Arbeitslosenquote um 0,3% auf 7,6%.

Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter auf Wachstumskurs. Sie nahm im Januar saisonbereinigt um 65.000 zu.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Februar saisonbereinigt um 33.000. Nicht saisonbereinigt erhöhte sich die Erwerbstätigkeit von Januar auf Februar leicht um 15.000 auf 40,29 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr stieg sie somit um 494.000.

Zudem stieg auch die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter. Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen nahm im März saisonbereinigt um 9.000 zu; nicht saisonbereinigt ergab sich ein Bestand von 442.000 Arbeitsstellen, 122.000 mehr als im Vorjahr.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit)